

Schießstand Waakhausen

In Waakhausen geht es um die Wurst

Biologische Station widerspricht Bürgerinitiative gegen Schießanlage – Betrieb der Büchsenstände läuft weiter

Einer der fest installierten, regelmäßigen Messpunkte auf der Waakhauser Schießanlage.

Bernhard Komesker und Lars Fischer

Worpswede/Osterholz-Scharmbeck. Auch auf Kreisebene wird das Thema Schießstand Waakhausen weiter kontrovers diskutiert. Andreas Oeller von der Bürgerinitiative "Naturschutz Worpswede" wandte sich am Rande der jüngsten Kreistagssitzung an Umweltdezernent Dominik Vinbruck. Böden und Grundwasser in der Nähe der Kugelstände seien nachweislich mit Schadstoffen belastet, sagte Oeller und verwies auf die Zwischenergebnisse zum Gefährdungsgutachten (wir berichteten). Dennoch werde dort „zunehmend und lebhaft geschossen“, sodass die Belastung der Umwelt weiter zunehme. Das sei nicht einsehbar und stehe nach seiner Einschätzung auch nicht im Einklang mit den rechtlichen Rahmen.

Vinbruck widersprach: „Wir haben das geprüft. Es gibt für uns keine Möglichkeit und auch keine Verpflichtung, den Betrieb deswegen zu schließen.“ Nach Ansicht des derzeit am Waakhauser Schießstand tätigen Gutachters böten die Messwerte derzeit keine Handhabe dazu. Oeller erklärte, er bitte um die Angabe der Paragraphen, nach denen der Betrieb trotz der erkannten Belastung nun angeblich weiter geduldet werden müsse. Dies wurde ihm zugesagt.

Darüber hinaus wiederholt die Bürgerinitiative ihre Bedenken gegen den Sanierungswall von 2007, der sogenannten „Wurst“. Dieter Viefhues hat zusammen mit weiteren Mitstreitern eine umfangreiche Bewertung dieser Altlast vorgenommen und kommt erneut zu dem Schluss, dass sie undicht sei und das Areal kontaminiere. Zudem sei die Betrachtung der "Wurst" in der derzeitig noch nicht endgültig vorliegenden Gefährdungsanalyse nicht genügend berücksichtigt.

Dem widerspricht nun Hans-Gerhard Kulp ungewohnt deutlich. Der Umweltschützer, der für die Biologische Station Osterholz (Bios) das Gutachten begleitet, hat sich bislang gar nicht oder nur sehr zurückhaltend geäußert. Nun schreibt er in einer Stellungnahme, einige Schlussfolgerungen der Bürgerinitiative seien nicht haltbar und man solle das Gefährdungsgutachten nicht mit überzogenen Verdächtigungen belasten; "die Ergebnisse sind schon schlimm genug."

Er hält die vorgebrachten Indizien für eine Undichtigkeit für nicht stichhaltig, die Versackungen ließen nicht darauf schließen, so Kulp. Aber auch er sei der Auffassung, "dass der derzeitige Zustand unbedingt saniert werden muss. Der Torf in der Wurst ist bis zu 1,50 Meter wassergesättigt. Das Blei kann nur in der flüssigen Phase die Wurst ‚verlassen‘, das muss verhindert werden. Deshalb ist es völlig naheliegend, dass über die Rohre die kontaminierte Flüssigkeit abgepumpt wird." Das sei unabdingbar und relativ einfach zu machen. Die Forderung nach einer vollständigen Entsorgung bezeichnet er aber als "maximale Lösung".